

Wöchliche



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinnungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard Venzler.
Druck: (in Ausb.) Mühlendruckerei, Carl-Neuberg-Druckerei, Druckerei für den Verleger, in Berlin-Neukölln, Köpenickerstraße 66-68. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 660.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernspreng-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 8620-8656.
Telegraphische Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 660.

Rückkehr zur Mitte.

Das Hamburger Ergebnis.

Wichtiges Resultat, die trotz weit geringerer Wahlbeteiligung einzustufen zu müssen ergibt, ist die Sozialdemokratie. Während die Kommunisten rund 37 000 Stimmen gewannen, haben die Sozialdemokraten einmündlich 100 000 Stimmen gewonnen. Auch die Wiederwahl als der Zusammenbruch der extremen Sozialisten in der Stadt Hamburg als der Zusammenschluss der extremen Sozialisten und der Zentrumspartei nicht weniger als 11 000 Stimmen einbrachte, nämlich die Kommunisten 33 000, die Sozialdemokraten 30 000 und die Wählerlisten 24 000. Sehr gut haben die Demokraten abgeführt, und zwar trotz der Unterstützung von vier Millionen Stimmen, die sie nach dem Wahlergebnis nicht weniger als 11 000 Stimmen einbrachte, nämlich die Kommunisten 33 000, die Sozialdemokraten 30 000 und die Wählerlisten 24 000. Sehr gut haben die Demokraten abgeführt, und zwar trotz der Unterstützung von vier Millionen Stimmen, die sie nach dem Wahlergebnis nicht weniger als 11 000 Stimmen einbrachte, nämlich die Kommunisten 33 000, die Sozialdemokraten 30 000 und die Wählerlisten 24 000.

2 Vertreter des Zentrumspartei, so daß die Links mindestens die Hälfte aller Sitze erhält. Nicht nur die Deutsche Volkspartei, die im Senat durch mehrere Mitglieder vertreten war, so ergibt sich eine starke Mehrheit für die Fortführung des bisherigen Regierungskabinetts. Die Deutschnationalen erhalten 28 Vertreter, die Kommunisten 24, die Wählerlisten 4.

Der Vorstandsleiter, die über Hamburgs Rahmen hinaus bekannt sind, sind auf der demokratischen Seite gewählt: Senator Dr. Schumann, der Leiter der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, Senator Wölbeke (Nichtst), Senator Dr. Wühlisch (Arbeitsschutz) der hiesigen Reichsanstalt für Arbeiter und Direktor Schulz von der Norddeutschen Versicherungsanstalt in Hamburg. Von Sozialdemokraten sind gewählt: Bürgermeister Stolten, der Präsident der hiesigen Bürgerpflicht, Senator Krause (Oberbürgermeister), Senator Schumann (Polizei), Senator Ewerenz (Gesundheitswesen), Senator Grosse, Dr. Knack, Direktor des Hamburger Kranenbaues. Die Deutsche Volkspartei entsandte wieder den Reichstagsabgeordneten Rasmann durch den Vorsitzenden des Reichsanstalt für Arbeiter, den früheren medienberühmten Reichstagsabgeordneten Dr. Pöper, Schriftleiter der deutschnationalen „Hamburger Nachrichten“. Von den Deutschnationalen sieht u. a. der Redler B. Zeitz ins Parlament ein.

Das Ergebnis der Hamburger Wahlen ist ein günstiges Vorzeichen für die Entschleunigung des 7. Dezember. Die Wähler sind so gut wie erledigt, die Kommunisten werden froh sein, wenn sie die Säpfe ihrer Wandbe behaupten können, und die Deutschnationalen erleben einen Rückschlag, der ihnen gerade in Hamburg doppelt empfindlich sein wird, wo es ihnen gelungen war, Einfluss auf führende Kreise der Industrie und des Handels zu gewinnen. Die drei Oppositionsparteien zählen die Wende der Hamburger Wahlen. Die Demokraten haben einen großen Erfolg erzielt. Sie haben die Erwartungen ihrer Gegner, die ihren „Berfall“ und ihre „Auflösung“ vorzeitig antizipierten, bitter enttäuscht. Insbesondere hat die Deutsche Volkspartei, die sie bereits als Ort der Demokraten behauptet, erkennen müssen, daß ihre Rechnung falsch gewesen ist. Völligstens versagt sie auf den Bereich mit unzulänglichen Mitteln, aus dem demokratischen Teil für sich Riesen zu schneiden. Erfolge können hier nur blühend durch den Kampf gegen die Deutschnationalen, deren Wähler in Massen abwandern. Wenn die Deutsche Volkspartei es verliere, hieße es unzulänglich, nichtig, keine losgerenderten Gruppe für sich zu gewinnen, so könnte sie das Ziel, das sie durch den Anstoß an die deutsch-nationale Politik angeht, entziehen, auf gerade in Weg ereignet: die Festlegung des vollen Staates und die Sicherung einer arbeitsfähigen Mehrheit der Mitte.

Das demokratische Zentrum.

Debattonen für Marx, Fehernbach und Wirth. Reichsparteitag in Berlin.

Zu dem Reichsparteitag der Zentrumspartei, dessen Hauptveranstaltungen heute morgen begannen, sind 300 Delegierte aus dem ganzen Reich und außerdem Vertreter aus dem Saargebiet, aus Danzig und zwei Abgeordnete der christlichsozialen Partei Österreichs zusammengekommen. Im Mittelpunkt stand eine große Rede des Reichsanstalters Marx, die mit demontionirtem Beifall aufgenommen wurde. Sogar getampelt wurde, eine Befallsführung, die in diesen jähren Paule (der Partei) tagt im Preussischen Landtag) noch nicht ublich ist.

Nach Marx sprach der frühere Zentrumsanstalt Fehernbach. Er ging sofort auf die brennende Frage der Erweiterung der Regierung nach rechts ein. Alsobald nach dem Zeitpunkt sei auch in der Zentrumspartei grundsätzlicher der Standpunkt durchsagen beistimmte worden, auch die Deutschnationalen geht zur Verantwortung heranzuziehen, weil dies die beste Kur für die Partei gemein war. (Seiterteil und Zustimmung.) Es hat sich aber herausgestellt, daß — obwohl parlamentarisch gesehen in erster Linie die Deutschnationalen hätten herangezogen werden müssen — nicht möglich war, und zwar vornehmlich vom Standpunkt der auswärtigen Politik aus. Die Deutschnationalen haben eine Stellung angenommen, die es unmöglich machte, diese Partei heranzuziehen. Es konnte sich auch nicht um einen Ausschlag handeln, denn wenn eine Regierung sich den Dank des Volkes verdient hat, dann ist es die Regierung Marx gemein. (Stimmliche Zustimmung im ganzen Saale.)

Fehernbach betont aber auch, daß ein Mißfall nach links nicht nur parlamentarisch untragbar, sondern aus politischen und faktuellen Bedenken heraus unmöglich gewesen wäre. Die Idee des Reichsanstalters, eine Volksgemeinschaft zu schaffen, ist zwar nicht zur Vollendung gelangt, aber wenigstens sei erreicht worden, daß der Gehalts aus dem Gegnert eingeschämert worden sei. Fehernbach bekennt sich weiter unter dem lebhaften Beifall der ganzen Versammlung zu dem Banner Schwarz-Rot-Gold, als dem alleinigen Zeichen an der Wende, um den Erfolg zu erzielen. Der Reichsanstalt hat in der Wende immer gemaintelt haben. Was den kommenden Wahlkampf betrifft, so beforcht Fehernbach keine Schwächung der Partei. Die Partei habe sich in enflagungsloser Arbeit, ungedachtet um Juhn und Spott, um hiesige Gegenstände, ja um alle nur dem Dienste des Reiches und des Vaterlandes gemähe, die dürre daher vertrauensvoll auf die Unterstützung des Volkes rechnen.

Nach Fehernbach kommen die Zentrumsveteranen aus Danzig und dem Saargebiete zu Worte. Nachdem diese die Größe der vom Deutschland notwendig getrennten ehemaligen Reichsgebiete überdurch hatten, sprach der hiesigste Nationalrat Ebnberg für dieses einmalige deutsche Bundesland, dessen Existenz dem des Deutschen Reiches in dieser schweren Zeit gleiche.

Nach einer kurzen Rede des hiesigen Reichsanstalters Ebnberg sprach der dritte Zentrumsanstalt Dr. Wirth. Als er die Redebeiträge erhielt, zeigt es sich, wie die Stimmung dieser Versammlung ist, ein m in enflagungs an den Wenden. Die Wende ist ein Erfolg für die Partei. Er tritt in seiner immer wieder vom höchsten Beifall unterbrechenden Rede für die Politik und die Person des Reichsanstalters ein, bekennt sich rückhaltlos zum Volkstaute, zur Republik und erklärt es für das höchste Ziel vom Partei und Regierung, das misstraufliche Gemut des Volkes zu mildern, das eine Folge des verlorenen Krieges ist. Grundbedingung für die Erreichung dieses Zieles ist aber die gezielte Festlegung der bisherigen Anpreisung und die Ablehnung jedes, wenn auch nur teilweise parlamentarischen Experiments, das keine Fortschritt bringt.

Wirth ist der letzte Redner des Vormittags. Um drei Uhr beginnen die Dispositionen. Am Nachtag vom Vorabend am geliebten Sonntag Besprechungen des engeren Vorstandes unter Einsetzung der Vorhergehenden der Landes- und Provinzorganisations Rat. In diesen Besprechungen, die bis zum Sonntag dauerten, eras sich eine Hebrerische Entscheidung mit der Politik des Reichsanstalters Marx. Erörtert wurde auch die Frage der Reichereinigung mit der hiesigen Volkspartei. Aus den Verhandlungen ging hervor, daß die Zeit für ein Zusammengehen der beiden Parteien noch nicht gekommen ist. Im jähigen Wahlkampf hätte man den Mißfall der hiesigen Partei wohl als ein Zeichen für ein Ueberzeugen der Deutschnationalen im Reichszentrum werten können.

Es haben erhalten:

Sozialdemokraten	174 522
Deutschnationale	91 781
Kommunisten	78 842
Deutsche Volkspartei	73 882
Demokraten	73 882
Wählerliste	13 412
Zentrum	8 568
Werteverbände	6 982
Christlich-ererbende	6 052
Bahnungsbetriebe	4 400
Grundbesitzerliste	2 736
Fremdwirtschaftsbund	2 236
Unabhängige	1 631
Landwirtschaftsbund	289
Sonderbund	132

Das neue Hamburger Parlament zählt unter 160 Mitgliedern 51 Sozialdemokraten, 22 Demokraten und 4 Vertreter von Wählergruppen, die den Demokraten nahestehen. Dazu kommen

Strefemann und Ertelzen.

Für die Politik der Mitte.
Dr. Strefemann hat am Sonntag in Wieshausen i. Th. gesprochen und dabei, nach dem Bericht der Telegramm-Linien, behauptet, der demokratische Führer Ertelzen proklamieren den Ausbruch der Demokratie nach links, unter Anstoß aller Parteien, die rechts vom Zentrum hünden. Demgegenüber hielt der Abg. Ertelzen fest, daß Dr. Strefemann durch einen ungemainen Bericht irreführt worden sei. „Ich habe mich, so tag Ertelzen, in Hamburg nur für die Politik der Mitte eingesetzt, mit keinem Wort dafür, die einen linksüber zu machen und alle Beziehungen zum Deutschen Volkspartei abzubrechen. Das wiederum, was ich unter erster Wahlaustritt gefogt hat: Wir kämpfen für die Politik der Mitte, wir kämpfen auch gegen die noch rechtsüber abgewandene Deutsche Volkspartei. Wir wenden uns gegen die Politik des Herrn Strefemann. Wenn er vorzeitig zurückkehren will, so ist das seine Sache, daß sie führen wie ja den Wahlkampf.“ Ertelzen wies au, darüber, daß Herr Strefemann schon jetzt ein Misstrau in der Haltung preisgibt, die seine Freunde in den letzten Monaten eingenommen und die uns zum Reichstagsaustritt geführt hat. Wenn Strefemann und seine Freunde seine Thüringer Rede schon bisher zur Grundlage ihrer Politik gemacht hätten, was es gar nicht zur Reichstagsaustritt gekommen.

Der Kronprinz verläßt München.

Kronprinz Wilhelm hat entgegen seiner vorherigen Ankündigung, nach München zu kommen, München schon am Sonntag verlassen.

lassen und ist nach Dels abgereist. Kronprinzessin Cecilie wird sich noch einige Zeit in Berchtesgaden aufhalten.

Ehrenlegion für Menschenrechte.

Paris, 27. Oktober.
Die französische Regierung hat dem Präsidenten der französischen Kammer für Menschenrechte Ferdinand Buillon die Würde eines Großoffiziers der Ehrenlegion verliehen.

Santoffe Parteitag.

Sofia, 26. Oktober.
Ministerpräsident Santoff gelang es heute, den Restes zu erörtern, daß seine Partei von einem beabsichtigten dem Wahlkampf in den nächsten, sondern auch auf dem Vande rechtig und daß der Versuch der Oppositionsparteien, sowohl der kommunistisch-sozialistischen wie der militaristischen, durch Ansetzung von Unruhen ihre Stärke zu beweisen, nur darüber täuschen soll, daß ihre Anhängerschaft in südlichem Abzug ist. Der Vorstoß, der heute normiert unter Beteiligung von 700 Delegierten und über 10 000 Wähler aus der Provinz begann, wurde in einer Wollensversammlung unter freierem Himmel dem Wahlkampf mit einer Rede eröffnet. Daran schloß sich eine große Manifestation in den Straßen Somas an. Santoff selbst hielt eine Rede, in denen er auf die Notwendigkeit hinwies, die demokratische Politik immer mehr zu fördern, damit die Einheit und die Verbindung aller Bürger erfolge. Die Regierung müsse bekämpft werden, insbesondere die Parteieligierung der Sozialdemokratischen erzwungen werden.